

**Abo 2017**  
Die SVP und den  
Klartext unterstützen!  
Einzahlungsschein liegt bei.

# SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Legislatur-Halbzeitbilanz



### Radikaler Islam 4-5

Jetzt sind die notwendigen roten Linien zu ziehen



### Legislatur-Halbzeit 8-9

Bilanz und Ausblick



### Prämienerhöhung 13

Der Prämienzahler – die neue Milchkuh der Nation



Die ersten zwei Jahre der 50. Legislatur zeigen deutlich, dass es schwierig bis unmöglich gewesen ist, den Anliegen der SVP und damit fast einem Drittel der Wähler zum Durchbruch zu verhelfen. Dies ist umso bedauerlicher, als auch in der kommenden Zeit weitere Herausforderungen anstehen, welche die Rahmenbedingungen für unsere Bevölkerung und Wirtschaft über Jahrzehnte hinaus nachhaltig prägen werden.

## Die SVP in den Schweizer Medien



**dietschi**  
PRINT&DESIGN OLTEN

**MEHR ALS EINE DRUCKEREI**

■ ■ ■

**DIETSCHI PRINT&DESIGN AG**  
Ziegelfeldstrasse 60  
4601 Olten  
T 062 205 75 75  
www.dietschi-pd.ch

## Bundesrat Cassis „EU-Reset-Knopf“ - wir zählen darauf



Bei den vergangenen Bundesratswahlen hat sich die SVP von Anfang an klar zum Anspruch der FDP auf den freien Sitz bekannt. Selbstverständlich ist das nicht. Denn rein arithmetisch hätte die SVP mit ihrem Wähleranteil von knapp 30 Prozent eher Anspruch auf einen dritten Sitz als die FDP auf einen zweiten Sitz. Zudem mussten wir auch inhaltlich über den Schatten springen, da bei der FDP nur Kandidierende zur Wahl standen, die entweder noch im vergangenen Winter mit der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gegen die Volksmehrheit gehandelt haben oder gar Mitglied in der Neuen Europäischen Bewegung mit dem Ziel eines EU-Beitritts sind. In der Politik geht es aber oft mehr um den Weg des Machbaren als des Wünschbaren.

Vor diesem Hintergrund galt es, unter den von der FDP präsentierten Kandidierenden, die beste Lösung zu wählen. Das ist mit der Wahl von Ignazio Cassis gelungen und war eine direkte Folge der frühen unmissverständlichen Positionierung unserer Partei. Die folgenden drei Gründe gaben den Ausschlag.

1. Die Verfassung verlangt ausdrücklich eine ausgewogene Vertretung der Sprachregionen. Nach 18 Jahren konnte die fehlende Vertretung der italienischsprachigen Schweiz mit der Wahl eines Tessiners in den Bundesrat korrigiert werden.
2. Ignazio Cassis ist von seiner Herkunft her am stärksten mit den Problemen der grenzenlosen Zuwanderung, den damit verbundenen Lohnunterbietungen, dem Asylruck und den entsprechenden Sicherheitsproblemen vertraut und wird der Migration nicht tatenlos gegenüberstehen können.
3. Ignazio Cassis hat sich in der Fraktion und öffentlich, am klarsten vom aktuell im Bundesrat diskutierten Rahmenabkommen mit der EU, das der Schweiz die Unabhängigkeit rauben würde, distanziert. Er hat gesagt, dass er in diesem Geschäft „den Reset-Knopf drücken will, keine automatische Rechtsanpassung und keine fremden Richter akzeptiert“ – immerhin!

Wunder darf man nicht erwarten, aber dass uns Cassis näher steht als die anderen Kandidierenden, hat die Linke selbst bewiesen, wenn man an die misslungenen Anstrengungen hinter den Kulissen zur Wahl einer Alternative denkt. Fragt sich nur, wie die Linke, aber auch die BDP, den Tessinern und den Frauen erklären, weshalb sie einen dritten welschen Mann im Bundesrat haben wollten.

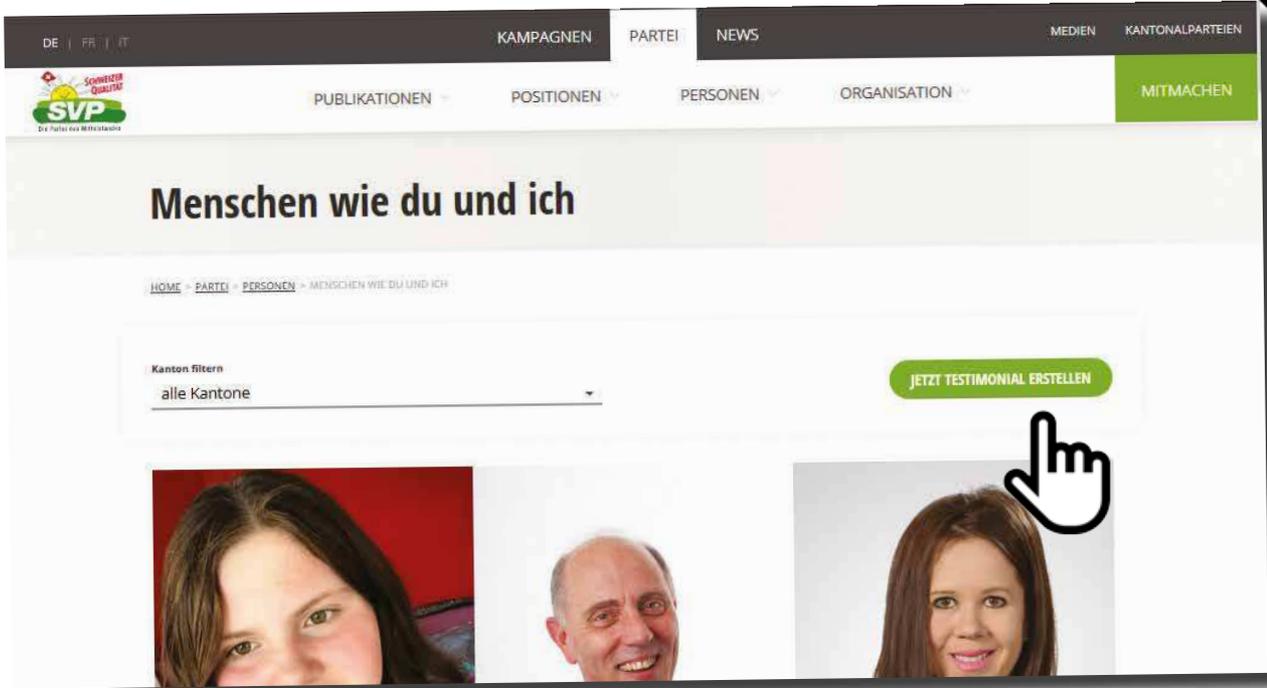
Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz

# Machen Sie mit!

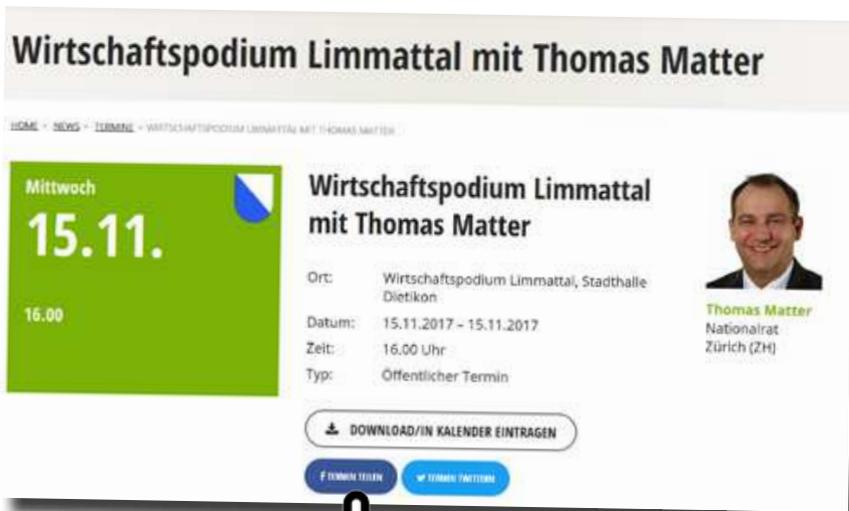
Gehen Sie auf unsere neue website: [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

Schreiben Sie online Ihr Testimonial-Inserat!



Treffen Sie SVP-Mitglieder und Parlamentarier!

Entdecken Sie den neuen Online-Shop der SVP!



## IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch) | [www.svp.ch](http://www.svp.ch) | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: Schweizer Parlament, wikipédia, SVP Schweiz

# Jetzt sind die notwendigen roten Linien zu ziehen

Heute leben in unserem Land rund 430'000 Menschen, welche als Muslime registriert sind. Eine Mehrheit von ihnen besucht kaum je Moscheen, noch sind sie Mitglied eines dieser muslimischen Vereine, welche sie auch nicht repräsentieren. Diese schweigende Mehrheit der Muslime in unserem Land respektiert in der Regel auch unsere Rechtsordnung und hat nichts mit dem radikalen islamischen Gedankengut einer kleinen Minderheit unter ihnen am Hut.



**Der Unterschied zwischen dem Islam und anderen Weltreligionen ist gerade die Tatsache, dass es im Islam keine wirkliche Trennung zwischen Religion und Staat gibt. Als Konsequenz davon herrscht in jedem islamischen Land für viele Lebensbereiche nebst der staatlichen Rechtsordnung auch eine veraltete und nicht reformierbare Rechtsordnung, die Scharia, welche aus dem Koran abgeleitet wird und vor allem Frauen diskriminiert.**

**G**leichzeitig stehen aber zurzeit rund hundert radikale, gewaltbereite Muslime unter Beobachtung des Nachrichtendienstes und in Schweizer Moscheen verbreiten radikale Imame ungehindert ihre Hassbotschaften. Das Beispiel des libyschen Imams, Sozialhilfe-

und Asylbetrügers in Nidau dürfte nur die Spitze des Eisberges sein. Jetzt ist höchste Zeit zu handeln und es sind rote Linien zu ziehen. Radikale Muslime und Imame haben nichts zu suchen in unserem Land, jegliche Verbreitung von radikalem Gedankengut ist konsequent zu stoppen.

Eine öffentliche Anerkennung des Islams oder eine staatliche Ausbildung von Imamen wäre definitiv der falsche Weg. Der Unterschied zwischen dem Islam und anderen Weltreligionen ist gerade die Tatsache, dass es im Islam keine wirkliche Trennung zwischen Religion und Staat gibt. Als Conse-

quenz davon herrscht in jedem islamischen Land für viele Lebensbereiche nebst der staatlichen Rechtsordnung auch eine veraltete und nicht reformierbare Rechtsordnung, die Scharia, welche aus dem Koran abgeleitet wird und vor allem Frauen diskriminiert. Würden wir hingegen den Islam staatlich anerkennen und als Konsequenz davon auch Imame staatlich ausbilden

- Alle Moscheen in unserem Land müssen bekannt sein sowie überwacht werden und die Behörden haben bei jeglicher Verletzung der schweizerischen Rechtsordnung einzuschreiten und diese zu schliessen;  
- Sämtliche betroffenen und für die Sicherheit unserer Bevölkerung verantwortlichen Behörden auf Ge-

Imame, welche zum Zwecke des Predigens in Schweizer Moscheen einreisen wollen, ausstellen.

Unsere gewählten Exekutiven und zuständigen Behörden auf allen Stufen sind direkt verantwortlich für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Dabei steht die entschlossene Bekämpfung des radikalen Islams, die Ausschaffung radikalisierter Muslime und die rasche Anpassung sowie knallharte Durchsetzung unserer Rechtsordnung im Zentrum. Dies ist gerade auch im Interesse der Mehrheit der Muslime in unserem Land. Die SVP widmet deshalb ihre Delegiertenversammlung vom 28. Oktober in Frauenfeld diesem wichtigen Thema.

---

**«Jetzt ist höchste Zeit zu handeln und es sind rote Linien zu ziehen. Radikale Muslime und Imame haben nichts zu suchen in unserem Land, jegliche Verbreitung von radikalem Gedankengut ist konsequent zu stoppen.»**

---

und eidgenössisch legitimieren, dann würde sofort Druck entstehen, für Muslime eben auch die Scharia anstelle unserer Rechtsordnung anzuwenden. Das ist eine rote Linie und kommt auf keinen Fall in Frage. Die SVP hat in der letzten Session mit einer Fraktionsmotion hingegen aufgezeigt, was zur Bekämpfung des radikalen Islams unter anderem vordringlich zu tun ist:

- Islamische Gebetshäuser, Organisationen und Institutionen, welche in irgendeiner Art und Weise die Verbreitung oder Vertretung des Islams oder von Muslimen fördern oder wahrnehmen, dürfen weder direkt noch indirekt aus dem Ausland finanziert werden;

meinde-, Kantons- und Bundesstufe müssen einen raschen und uneingeschränkten Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Erkennung, Identifizierung, Überwachung und Verfolgung von radikalen Islamisten aufbauen;

- Den Behörden auf Kantons- und Bundesstufe müssen genügend ausgebildete Spezialisten mit den notwendigen Kenntnissen von Sprachen und des Islams zur Verfügung stehen, welche Moscheen und Imame überwachen können;

- Schweizer Botschaften und das Staatssekretariat für Migration dürfen keine Visa mehr an ausländische



*von Gabriel Lüchinger,  
Generalsekretär der SVP Schweiz*



## Radikaler Islam in der Schweiz: was ist zu tun?

Delegiertenversammlung vom Samstag, 28. Oktober 2017, 10.30 Uhr  
Festhalle Rüegerholz, Festhüttenstr. 21, 8500 Frauenfeld

Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen an der Delegiertenversammlung in Frauenfeld.  
Bestellen Sie heute noch Gästekarten: **031 300 58 58** oder **info@svp.ch**

# RASA braucht es nicht mehr

«Raus aus der Sackgasse», die sogenannte «RASA-Initiative», hatte im Nationalrat keine Chance. Sie will den Zuwanderungsartikel, zu dem das Volk mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative Ja gesagt hat, wieder aus der Verfassung streichen. In der vergangenen Herbstsession bodigte die grosse Kammer das Volksbegehren mit 125 zu 17 Stimmen bei 50 Enthaltungen. Auch ein Gegenvorschlag zur Initiative wurde abgelehnt.

Selbstredend waren die Voten in der stundenlangen Debatte. Die SVP-Nationalräte hielten den sich windenden Kolleginnen und Kollegen, welche seinerzeit mit der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Verfassungsbruch begangen haben, den Spiegel hin. Hier ein paar Beispiele:



**Balthasar Glättli, Grüne (ZH)**

*«Die RASA-Initiative hat einen wesentlichen Geburtsfehler. Ihr eigentliches Ziel war ja, als Notstopp zu dienen, als Reissleine, als Auffanglinie, wenn es uns im Parlament nicht gelingt, eine Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative zu finden, die die Bilateralen nicht gefährdet. Wir haben dieses Kunststück geschafft.»*



**Gregor Rutz, SVP (ZH)**

*«Noch weniger mit dem Ganzen zu tun hat diese Initiative, über die wir hier diskutieren - ein Produkt von Träumern. Es braucht schon eine gehörige Portion Sarkasmus und Realitätsferne, um zu behaupten, die Zuwanderung sei kein Problem. Sie haben gesehen, dass die Studie des Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich festgestellt hat, dass vier von fünf Zuwanderern Leute sind, die nicht in einem Mangelberuf arbeiten. Das sind Leute, welche die Wirtschaft nicht braucht.»*



**Marianne Streiff, EVP (BE)**

*«Die RASA-Initiative könnte zum Eigengoal werden, wenn sie deutlich abgelehnt würde. Dies ist ein gefährliches Spiel. Wir laden deshalb die Initianten ein, dieses zwar gutgemeinte, aber gefährliche und die direkte Demokratie überstrapazierende Volksbegehren zurückzuziehen.»*



**Martin Naef, SP (ZH)**

*«Wir brauchen nicht noch einmal eine Warteschlange, sondern Zuversicht und Selbstvertrauen bei der Weiterentwicklung unserer Beziehungen zur EU.»*



**Nationalrat Thomas Burgherr, SVP (AG)**

*«Es ist wohl historisch einmalig, dass ein demokratischer Entscheid von Volk und Ständen so rasch wieder hintertrieben wird. Diese Zwängerei ist leider Ausdruck der schleichenden Entwicklung, sich nicht mehr nach den demokratischen Spielregeln verhalten zu wollen. Diese hat nun auch dazu geführt, dass wir keine Umsetzung der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung haben. Es ist auch das erste Mal, dass das Parlament so offen sagt: Wir wissen es besser und setzen diese Volksinitiative überhaupt nicht um! Das hat eine neue Qualität: Es gibt jetzt einen offenen Machtkampf zwischen dem Volk und dem Parlament.»*

---



## Nationalrat Beat Flach, GLP (AG)

«Die EU ist heute eine Baustelle, aber an der Zukunft baut man eben. Die EU war schon immer eine Baustelle, und sie wird es immer bleiben, sie ist nicht irgendwann fertig.»



## Nationalrat Lukas Reimann, SVP (SG)

«Es ist auch paradox, wenn Kollege Cédric Wermuth von sozialem Fortschritt spricht. Ist es sozialer Fortschritt, wenn die Menschen in ganz Europa von Land zu Land kutschiert werden? Ist es sozialer Fortschritt, wenn Angestellte einer Tankstellenkette den Bescheid bekommen "Entweder ihr akzeptiert 500 Franken weniger Lohn, oder ihr könnt gehen"? Ist das sozialer Fortschritt, wenn die Schweizerinnen und Schweizer über 50 zunehmend keinen Job mehr finden?»



## Nationalrat Thomas Matter, SVP (ZH)

«Das Anliegen der Rasa-Initiative ist längst verwirklicht. Das Anliegen von Rasa ist nämlich nichts anderes als die Nichtumsetzung des Entscheides von Volk und Ständen vom 9. Februar 2014. Genau das, was Rasa will, hat das Parlament gemacht, nämlich Tabula rasa durch die Nichtumsetzung der Artikel 121a und 197 Ziffer 11 der Bundesverfassung.»



## Ausschnitt aus dem protokollierten Votum von Bundesrätin Simonetta Sommaruga

«Das Parlament hat dieses Dilemma gelöst, indem es beschlossen hat, dass für Arbeitgeber zuerst Stellensuchende im Inland zu berücksichtigen sind, bevor sie im Ausland rekrutiert werden. Dieser **Arbeitslosenvorrang** bevorzugt hiesige Stellensuchende, sofern sie in Berufsgruppen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit sind.»



## Matthias Jauslin, FDP (AG)

«Frau Bundesrätin, Sie reklamieren einen **Arbeitslosenvorrang**. Ursprünglich war es ein Inländervorrang. Können Sie mir den Unterschied zwischen Arbeitslosen und Stellensuchenden sagen?»



## Bundesrätin Simonetta Sommaruga, SP (BE)

«Ich habe nicht gesagt, **Arbeitslosenvorrang**.»

(Anmerkung der Redaktion: Doch. Hat sie.)



## Nationalrat Adrian Amstutz, SVP (BE)

«Legen wir diese Initiative dem Volk vor, und zwar zur Ausmarchung. Wir wollen einmal schauen, ob nicht die Gasse, die Sie da mitgeholfen haben zu bauen, dann im Sack endet, nämlich im Sack, den das Volk dann zumacht, indem es diesem Trauerspiel endlich ein Ende setzt.»

# Es braucht die geschichtliche endlich eine verlässliche

Bei den nationalen Wahlen im Oktober 2015 erreichte die SVP ein einmaliges Ergebnis. Mit 29,4 Prozent wurde das beste Resultat einer Partei seit fast 100 Jahren erzielt. Im Eidgenössischen Parlament kommt die SVP-Fraktion damit auf 74 Sitze (68 National- und 6 Ständeräte) und hat in der grossen Kammer zusammen mit der FDP mit 101 Sitzen gar die absolute Mehrheit. Ein solches Resultat weckt natürlich Erwartungen der Wähler. Nach zwei Jahren in der Legislatur 2015-19 ist es deshalb Zeit, Bilanz zu ziehen.

von Nationalrat Adrian Amstutz, Fraktionspräsident (BE)



**Die Erkenntnis aus zwei Jahren sogenannter «bürgerlicher Wende» ist klar: Wer eine verlässliche und konsequent bürgerliche Politik ohne Nebelpetarden will, wählt SVP – die endgültige Bilanz wird der Souverän im Oktober 2019 zu ziehen haben!**

### **Bürgerliche Wende existiert nicht**

Um es gleich vorwegzunehmen. Die bisherige Legislatur war aus bürgerlicher Sicht eine klare Enttäuschung. Nur in wenigen Fällen konnte die SVP zusammen mit ihren Partnern Akzente setzen oder Entscheidungen zu ihren Gunsten herbeiführen<sup>1</sup>. Dies zeigt auch die folgende Grafik

der bisherigen zur Abstimmung<sup>2</sup> im Nationalrat gelangten Geschäfte.

Die Auswertung zeigt eindrücklich auf, dass eine bürgerliche Mehrheit bloss auf dem Papier existiert:

Bei gerade mal 3% der Abstimmungen setzte sich die «absolute Mehr-

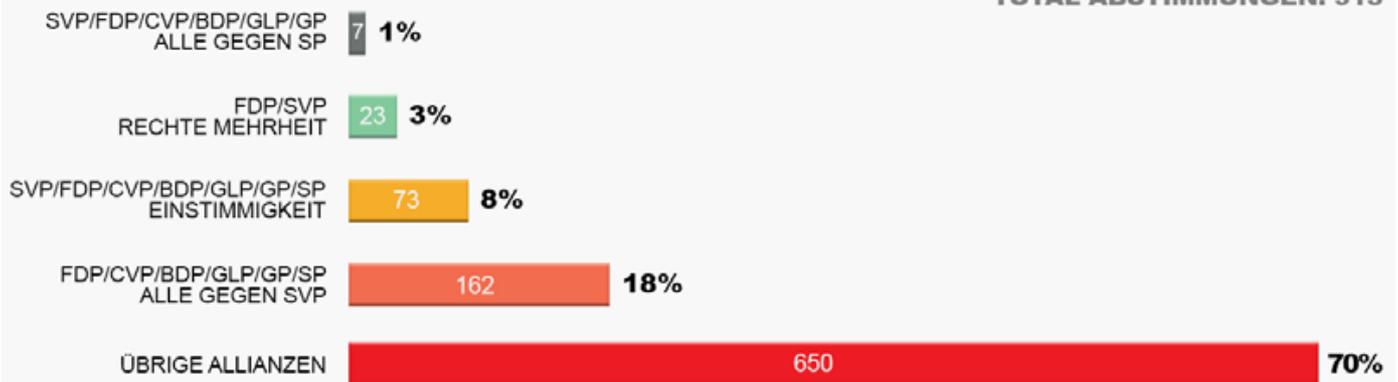
heit» von SVP und FDP im Nationalrat gegen Mitte-Links durch. Sechsmal mehr, und damit mit über 18% aller Abstimmungen, setzte sich hingegen die Allianz von FDP, CVP und den vereinigten Linken durch.

Während FDP und teilweise auch CVP gegenüber dem Volk in der

# Lossene SVP und ch bürgerliche FDP

## Anzahl gewonnene Abstimmungen nach Allianz

TOTAL ABSTIMMUNGEN: 915



Quelle: Parlamentsdienste und eigene Datenbank

Die Erkenntnis ist klar: während FDP und teilweise auch CVP gegenüber dem Volk in der Öffentlichkeit «rechts blinken», biegen sie in der Realität gerne und oft «links ab».

Öffentlichkeit «rechts blinken», biegen sie in der Realität gerne und oft «links ab». Der Wähler wurde damit einmal mehr von den sich bürgerlich gebenden Mitteparteien im Stich gelassen und hinter Licht geführt. Paradebeispiel einer solchen Linkspolitik waren z.B. die Energiestrategie 2050 oder die skandalöse Nichtumsetzung des Volksentscheides zur Masseneinwanderungsinitiative.

### Dunkelkammer Ständerat

Zusammen mit dem mehrheitlich Mitte-Links agierenden Ständerat (dort haben CVP und SP die absolute Mehrheit) werden im Endeffekt auch gute Entscheide des Nationalrats im Bereich des Kampfes gegen die Kriminalität<sup>3</sup> und Terrorismus<sup>4</sup>, der schrankenlosen Zuwanderung und dem Missbrauch im Sozialwesen<sup>5</sup> schlussendlich gebodigt. Dass der Ständerat sich dabei seit Jahren konsequent wei-

gert, über sein Abstimmungsverhalten Auskunft zu geben zeigt deutlich, wie tief der Graben zwischen Parlament und Bevölkerung inzwischen ist.

**Die Erkenntnis aus zwei Jahren sogenannter «bürgerlicher Wende» ist klar: Wer eine verlässliche und konsequent bürgerliche Politik ohne Nebelpetarden will, wählt SVP – die endgültige Bilanz wird der Souverän im Oktober 2019 zu ziehen haben!**

<sup>1</sup> Die paar wenigen Erfolge der Legislatur konzentrieren sich mehrheitlich auf die Verbesserung der Bundesfinanzen oder weniger Regulierungen für Unternehmen und Bevölkerung (u.a. Stabilisierungsprogramm oder Gegenvorschlag Grüne Wirtschaft). Angesichts der Tatsache, dass bislang in der Legislatur 15-19 über 12 Mrd. Mehrkosten resultieren werden auch diese «Erfolge» relativiert.

<sup>2</sup> Berücksichtigt sind alle Schlussabstimmungen sowie die Vorstossabstimmungen (Motionen, Postulate, parlamentarische Initiativen, Standesinitiativen, Petitionen). Nicht berücksichtigt sind die Abstimmungen in den Detailberatungen.

<sup>3</sup> Motion 14.3995 Geissbühler. Strengere Bestrafung bei Aggressionen gegen Beamte und Behörden. Pa.Iv. 13.462 Rickli. Bedingte Entlassung aus der Verwahrung nur bei praktisch vorhandener Sicherheit.

<sup>4</sup> Pa.Iv. Fraktion V. 14.450 Entzug des Schweizer Bürgerrechts für Söldner.

<sup>5</sup> Motion Fraktion RL. Keine Einwanderung in unser Sozialsystem. Motion 14.3703 de Courten. Missbrauchsbekämpfung im Bereich der Ergänzungsleistungen.



Mehr Auto fürs Geld  
[www.kia.ch](http://www.kia.ch)

# Gewöhnlich war gestern. Der neue Kia Stonic.

HVS Zürich



# STONIC



The Power to Surprise



NEW PICANTO



NEW RIO



SOUL EV



VENGA



CEE'D GT



CEE'D SPORTSWAGON



CARENS



NEW OPTIMA PLUG-IN HYBRID



NEW NIRO



NEW SPORTAGE



NEW SORENTO



NEW STINGER

Kia Motors AG, 5745 Safenwil, 062 788 88 99



# SVP zur No-Billag-Initiative: Ja oder Stimmfreigabe?

Die SVP hat im Nationalrat einen gutschweizerischen Kompromiss als Gegenvorschlag zur No-Billag-Initiative vorgelegt: Die Gebühren sollten für Haushalte bei 200 Franken plafoniert werden; heute müssen diese 450 Franken entrichten. Unternehmen sollten keine Radio- und Fernsehgebühren mehr bezahlen; die Mitarbeiter werden ja zu Hause schon zur Kasse gebeten. Wir fanden mit unserem Vorschlag aber leider keine Mehrheit.

## SRG-Lobbying mit Millionen aus dem Gebührentopf

Der Bundesrat und die Verwaltung haben der SRG in den letzten Jahren alles zugestanden. Ihrer Auffassung nach ist alles, was die SRG macht, Service public. Dies führt dazu, dass diese heute 17 Radio-, 7 Fernsehsender und Dutzende Websites und Social-Media-Angebote betreibt und damit private Anbieter konkurrenziert.

Betrugen die Gesamteinnahmen aus den Radio- und Fernsehgebühren im Jahr 1986 noch 645 Millionen, waren es 2016 fast 1,4 Milliarden Franken!

Die SRG ist nicht bereit, sich auch nur einen Millimeter zu bewegen. Mit Millionen aus dem Gebührentopf bekämpft sie die No-Billag-Initiative. Sie vereint sich mit Künstlern, Organisationen, Behörden und Verbänden. Viele möchten vom Gebührentopf profitieren. Dabei müsste die Digitalisierung zu Deregulierung, tieferen Gebühren und freiheitlicheren Rahmenbedingungen führen. Nur so können Private investieren und sich im Markt etablieren, was zu Medienvielfalt führt.

## Halbierung der Gebühren

Unsere Delegiertenversammlung wird entscheiden müssen, wie sich die SVP positioniert. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder Ja zu sagen zur



**Die SRG ist nicht bereit, sich auch nur einen Millimeter zu bewegen. Mit Millionen aus dem Gebührentopf bekämpft sie die No-Billag-Initiative. Sie vereint sich mit Künstlern, Organisationen, Behörden und Verbänden.**

No-Billag-Initiative, weil wir mit der aktuellen Medienpolitik überhaupt nicht einverstanden sind oder Enthaltung bzw. Stimmfreigabe zu beschliessen, weil wir einen Service public, namentlich in den Randregionen, befürworten.

Dieser Service public müsste aber klar nach dem Subsidiaritätsprinzip definiert werden: Was der Markt erbringen kann, soll den Privaten überlassen werden. Dann sind die Gebühren entsprechend zu senken. Um

dieses Ziel zu erreichen, müsste bei einem Nein zur No-Billag-Initiative eine „Halbierungsinitiative“ initiiert werden.

von Nationalrätin  
Natalie Rickli,  
Winterthur (ZH)



# TEST THE BEST.

## Der SUV, der für Sie Gefahren erkennt.



**NEU:**

### Forester 2.0i Swiss *Plus* mit EyeSight, 4x4 und Boxermotor ab Fr. 37'500.-.

Der Forester ist Sportwagen, Offroader, Van und Limousine in Einem. Mit dem neuen Modell Forester 2.0i 4x4 Swiss Plus stösst er jetzt auch in Sachen Sicherheit in neue Dimensionen vor. Dank dem vom IIHS als sicherstes Crash-Präventions-System ausgezeichneten EyeSight, einer Stereokamera zur Erfassung von Umgebungsdaten, und dem Advanced Safety Package. Die Subaru-Exklusivitäten Symmetrical 4x4 und Boxermotor für optimale Bodenhaftung und stabiles Fahrverhalten in jeder Situation sind wie gewohnt inklusive.

**Plus: Swiss-Plus-Komfortpaket.**

- Elektrisches Glasschiebedach.
- 8-fach elektrisch verstellbarer Fahrersitz.
- Auto-On/Off für Abblendung und Scheibenwischer.

**Plus: Fahrerassistenz-System EyeSight.**

- Adaptiver Tempomat.
- Spurhalteassistent mit aktivem Lenkeingriff.
- Spurleitassistent.
- Notbremsassistent.
- Kollisionsschutz- und Anfahrassistent.

**Plus: Advanced Safety Package.**

- Totwinkelwarner.
- Rückfahr-Querverkehrwarner.
- Seitensicht-Monitor.

**Plus: LED-Scheinwerfer mit Kurvenlicht.**

**DER 4x4 FÜR DIE SCHWEIZ**



**EyeSight**  
Driver Assist Technology



**SUBARU**

*Confidence in Motion*

subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. Abgebildetes Modell: Forester 2.0i AWD Swiss Plus, Lineartronic, 5-türig, 150 PS, Energieeffizienz-Kategorie F, CO<sub>2</sub> 150 g/km [33 g/km aus der Treibstoff- und/oder Strombereitstellung], Verbrauch gesamt 6,5 l/100 km, Fr. 38'350.- (inkl. Metallic-Farbe), Fr. 37'500.- (in Farbe Venetian Red Pearl). Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO<sub>2</sub> 134 g/km.

# Untaugliche SP-Rezepte

**Sechs Jahre Sozialdemokratie im Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) haben dem Gesundheitswesen mehr Scherben als Blumen gebracht: Ausser mehr Bürokratie und mehr Umverteilung sind unter dem Strich keine Fortschritte sichtbar.**

von Nationalrat Heinz Brand (GR)

**S**echs Jahre Gesundheitspolitik unter Federführung der SP haben dem Lande keine Fortschritte gebracht. Die Kosten steigen rasch weiter! Geblieben sind die sozialistischen Vorschläge zur Umverteilung zu Lasten des Mittelstandes und zur «Vereinfachung» des Gesundheitssystems: Unhaltbare Vorschläge zur Neueinteilung der Prämienregionen und nicht erklärbare Entscheide, die Rabatte der höchsten Franchisen zu kürzen, sind nur die aktuellsten Beispiele dafür.

## Übersversorgung als Hauptproblem

Das ungelöste Problem unseres Gesundheitssystems ist die Übersversorgung. Rund 20% der Leistungen sind unnötig, belastend, kontraproduktiv. Weniger wäre mehr und es würde uns sogar noch bessergehen! Diese Übersversorgung ist weitgehend dem vom Bund geduldeten Wildwuchs in den Kantonen geschuldet. Diese planen



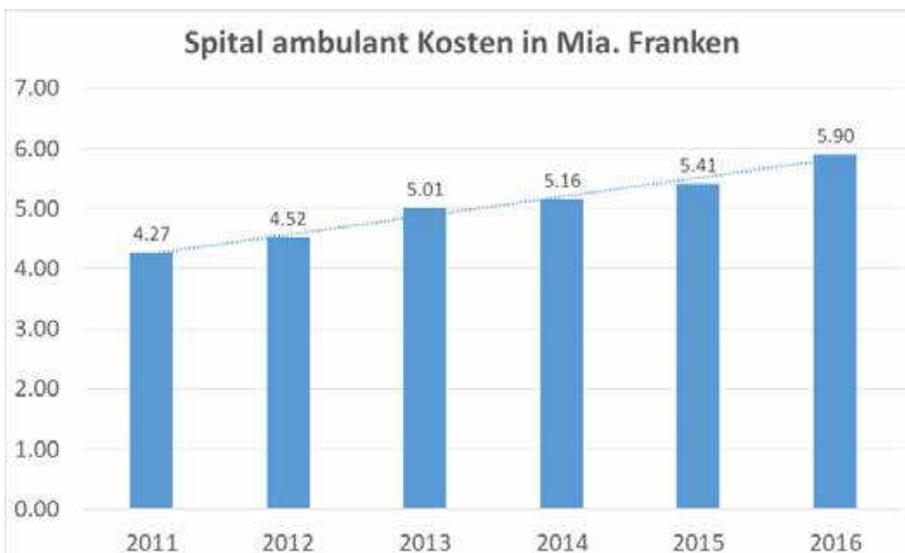
**Das ungelöste Problem unseres Gesundheitssystems ist die Übersversorgung. Rund 20% der Leistungen sind unnötig, belastend, kontraproduktiv.**

die Spitäler, verfassen die Spitallisten, erteilen Leistungsaufträge und lassen auch noch die Leistungserbringer zu, die zu Lasten der Prämienzahler abrechnen können. Weiter begünstigen

die Kantone mit milliardenschweren Investitionen die Überangebote ihrer Spitäler. Während in der Wirtschaft Überangebote zu tieferen Preisen führen, führen sie im Gesundheitswesen nur zu viel mehr unnötigen Leistungen bei fixen Tarifen. Hauptgrund der Prämiensteigerungen ist das überproportional starke Kostenwachstum im ambulanten Spitalbereich (s. Grafik).

## Der Prämienzahler – die neue Milchkuh der Nation

Statt Ordnung zu schaffen, will der Bund den Kantonen jetzt noch mehr Kompetenzen verleihen: Die neue Vorlage zur Zulassung von Ärzten will ihnen jede nur mögliche Narrenfreiheit geben, ohne dass sich die Kantone an den finanziellen Folgen beteiligen müssten: Die Dummen wären einmal mehr die Prämienzahler, die allein für den ambulanten Bereich bezahlen müssen. Die Kantone hingegen wollen nur regieren, aber nichts bezahlen. Fazit: Es muss einiges anders werden, damit etwas besser wird!



**Erläuterung: Von 2011 bis 2016 haben die Kosten für die ambulanten Spitalbehandlungen um 38% oder über 1,6 Mrd. Franken zugenommen, ohne Beteiligung der Kantone an den Kosten.**

# Bilanz der Herbstsession

Die Herbstsession 2017 fand vom 11. bis 29. September statt.



## Positiv:



### Nein zur RASA-Initiative

«Raus aus der Sackgasse» heisst die so genannte RASA-Initiative, welche den Volkssentscheid zur Masseneinwanderungsinitiative rückgängig machen will. Sowohl die Initiative wie auch ein Gegenvorschlag hatten im Nationalrat keine Chance.

SVP-Nationalrat Thomas Matter brachte es in der Debatte auf den Punkt: «Ich verstehe gar nicht, was die Initianten der RASA-Initiative eigentlich noch wollen. Das Anliegen ist doch längst verwirklicht. Das Anliegen von Rasa ist nämlich nichts anderes als die Nichtumsetzung des Entscheides von Volk und Ständen zur Masseneinwanderungsinitiative.»

### Gegen Diskriminierung von Senioren

Autofahrer werden künftig statt ab 70 Jahren erst ab 75 Jahren zum regelmässigen Arztuntersuch aufgeboten. Nach dem Nationalrat hat sich in der Herbstsession auch der Ständerat für dieses Vorhaben, welches SVP-Nationalrat Maximilian Reimann 2015 eingebracht hatte, ausgesprochen.

### Armeeauftrag gesichert

Das Parlament hat Armeebeschaffungen im Umfang von 2,1 Milliarden Franken bewilligt. Ein linker Antrag, der diese Summe kürzen wollte, wurde erfolgreich abgewehrt. Mit den gesprochenen Mitteln ist sichergestellt, dass die Armee ihren Auftrag der Landesverteidigung bestmöglich umsetzen kann.

### Kein Vaterschaftsurlaub

Ein Vorstoss, der einen 14-wöchigen Vaterschaftsurlaub einführen wollte, wurde abgelehnt. Der Vorschlag hätte jährliche Mehrkosten von etwa 1,4 Milliarden Franken verursacht. Die erklärte Absicht dieser linken Idee war es, einseitig das Familienmodell mit beidseitig erwerbstätigen Elternteilen zu fördern und jene Familien schlechterzustellen, die diesem «Ideal» nicht nachkommen.

## Negativ:



### **Ständerat bleibt «Dunkelkammer»**

Einmal mehr weigerte sich der Ständerat bei seinen Abstimmungen mehr Transparenz zu schaffen. Sowohl ein Vorstoss aus der eigenen zuständigen Kommission wie auch eine analoge Forderung aus dem Nationalrat erlitten Schiffbruch. Damit werden auch künftig in der kleinen Kammer nicht alle Abstimmungen namentlich protokolliert und veröffentlicht werden.

### **Keine Chance für NO-BILLAG**

Das Parlament hat die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (No Billag-Initiative) klar abgelehnt. Auch ein moderater Gegenvorschlag von SVP-Nationalrat Gregor Rutz für eine Radio- und Fernsehgebühr von 200 Franken fand im Nationalrat keine Gnade. Sollte das Volk der Initiative ebenfalls nicht zustimmen, wird die staatliche SRG jährlich weiterhin 1,2 Milliarden Gebührengelder einstreichen können.

### **Noch mehr Millionen für unwirksamen Grenzschutz**

Dass das Schengen/Dublin-System gescheitert ist, wissen wir nicht erst seit der Flüchtlingskrise. Dennoch will der Nationalrat den finanziellen Beitrag der Schweiz an die Sicherung der Schengenaussengrenzen um bis zu 12 Millionen Franken zusätzlich pro Jahr erhöhen. Wir erinnern uns: Vor der Einführung von Schengen wurde uns weisgemacht, der Beitritt koste uns jährlich nur einen einstelligen Millionenbetrag. Unterdessen liegen schon alleine die Beitragserhöhungen im zweistelligen Millionenbereich.

### **Millionen für Studentenaustausche**

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat 114,5 Millionen Franken bewilligt, die bis 2020 für Studentenaustausche ausgegeben werden sollen. Die SVP hat sich als einzige Partei gegen diese Finanzierung eingesetzt. Gerade für Studenten wäre es eine gute Lebensschule, wenn sie ihren Auslandsaufenthalt selber organisieren und finanzieren müssten und nicht alles auf dem Silbertablett serviert erhalten.

### **Rücksichtsloser Datenaustausch**

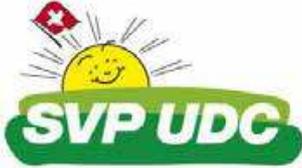
Der Nationalrat billigt die Ausdehnung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) auf weitere Staaten. Neben Ländern wie Russland, China, Indien und Brasilien kommen auch bekannte Finanzdestinationen wie Monaco, die Cayman-Inseln oder Liechtenstein künftig in den «Genuss» unserer Kontodaten. Konsequenterweise hat auch diese Session nur die SVP.

### **Weg frei für Asyl-Luxusbauten**

Entgegen dem Willen der SVP stimmt der Nationalrat einem Kredit in der Höhe von 238 Millionen Franken für die Planung der Bundesasylzentren zu. Die Gebäudestandards sind dabei dermassen hoch, dass wahre «Luxusbauten» gebaut werden. Sämtliche Sparanträge der SVP scheiterten.

### **Abschiedsgeschenk für Didier Burkhalter**

Die Höhe der Entwicklungshilfe beträgt heute 0,5 Prozent des Bruttonationalprodukts. Dies sind jährlich über 3,5 Milliarden Franken. Die SVP wollte diese Quote nach unten anpassen. Weil neun Nationalräte der FDP ausscherten, scheiterte die Motion jedoch bereits im Anfangsstadium.



[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

**Politik live erleben?  
Mitarbeit bei der stärksten Schweizer Partei?**

Das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sucht per 1. Januar 2018 oder nach Übereinkunft einen/eine

## **Mitarbeiter/in Kommunikation (100%)**

**Ihr Profil:**

- Abgeschlossene Berufsausbildung mit praxisorientierter Weiterbildung im Kommunikationsbereich oder Berufsausbildung als Mediamatiker
- Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck, redaktionelles Flair
- Praktiker/in auch in Bezug auf Bearbeitung Internet, Facebook etc.
- Interesse an der eidgenössischen Politik
- Organisationstalent und Kontaktfreudigkeit
- Flexibilität und Belastbarkeit
- Sehr gute Deutsch- und Französisch-Kenntnisse, mündlich wie schriftlich

**Ihre Aufgaben:**

- Redaktion und Layout der Parteizeitung „SVP-Klartext“ und „Franc-parler“
- Content-Manager mehrerer Webseiten in deutscher und französischer Sprache
- Verfassen und Redigieren von Texten (Internet, Artikel, Medienmitteilungen)
- Einfache Layout-Arbeiten, z.B. für Inserate und Flyer
- Mitarbeit bei diversen Anlässen, Abstimmungskampagnen und Volksinitiativen
- Diverse Projektarbeiten

Wenn Sie gerne in einem kleinen aber motivierten Team mitarbeiten möchten und auch im hektischen Alltag den Humor nicht verlieren, sind Sie bei uns richtig. Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung, die Sie mit den üblichen Unterlagen bis Ende November an folgende Adresse richten wollen:

**Generalsekretariat SVP Schweiz, Silvia Bär, stv. Generalsekretärin,  
Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: [baer@svp.ch](mailto:baer@svp.ch), Tel. 031 300 58 58**

GOAL GLOSSAR

Agitation

### **Agitation**

<lat.> agitare – «betreiben»,  
«verhandeln», «überlegen»

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
[info@goal.ch](mailto:info@goal.ch), [www.goal.ch](http://www.goal.ch)

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg